



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/01/2015  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 18.02.2015  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Bericht aus dem Behindertenbeirat
4. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Vorstellung des Bündnisses "Hagen ist bunt"  
Mündlicher Bericht
7. . Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
Vier-Augen-Prinzip beim Jobcenter  
Vorlage: 0143/2015
8. . Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden  
Vorlage: 0144/2015
9. . Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
Beschwerdemanagement beim Jobcenter  
Vorlage: 0145/2015
10. . Möglichkeit eines Praktikums bei lfd. SGB II-Bezug



11. . Teiländerung Nr. 100 - Im Deerth - zum Flächennutzungsplan der Stadt Hagen  
hier: Einleitung gemäß § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch  
Vorlage: 0669/2014
12. . Bebauungsplan Nr. 8/14 (662)  
Erweiterung Fachklinik Deerth  
hier: Beschluss zur Einleitung des Verfahrens  
Vorlage: 0658/2014
13. . Sachstand Zuweisung Asylbewerber
14. . Anonyme Geburt
15. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. . Feststellung der Tagesordnung**

Herr Hentschel begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung des Sozialausschusses im neuen Jahr. Er bedauert, mitteilen zu müssen, dass Frau Kaufmann aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen könne.

Er stellt fest, dass den Ausschussmitgliedern die Einladung fristgerecht zugegangen sei und es bezüglich der Tagesordnung keine Änderungswünsche gebe.

#### **2. . Mitteilungen**

keine

#### **3. . Bericht aus dem Behindertenbeirat**

Herr Wirth berichtet aus dem Behindertenbeirat.

#### **4. . Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Herr Homm berichtet aus dem Seniorenbeirat.

#### **5. . Bericht aus dem Integrationsrat**

Herr Gül berichtet über den Integrationsrat.



**6. . Vorstellung des Bündnisses "Hagen ist bunt"  
Mündlicher Bericht**

Herr Haase stellt zunächst sich vor. Er sei als Schulseelsorger an der Hildegardis-Schule tätig. Dann berichtet er vom Werdegang des Bündnisses „Hagen ist bunt“.

Herr Hentschel bedankt sich für den Bericht und wünscht Herrn Haase weiterhin viel Erfolg.

**7. . Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
Vier-Augen-Prinzip beim Jobcenter  
Vorlage: 0143/2015**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Fiedler, der als Vertreter des Jobcenters anwesend ist, erläutert die als Tischvorlage ausgelegte Stellungnahme zu der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Vier-Augen-Prinzip beim Jobcenter“ (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Herr Ostermann erläutert die Gründe für die gestellte Anfrage. Es stelle sich seines Erachtens nun die Frage für den Sozialausschuss, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um die derzeitige Bearbeitungssituation deutlich zu verbessern.

Herr Fiedler gesteht zu, dass es teilweise zu massiven Verzögerungen komme. Das sei aber nicht flächendeckend der Fall. Im Moment werde der Fokus auf Neuanträge und Weiterbewilligungsanträge gesetzt. Die Personalstrukturen müssten stabilisiert werden. Viele Vakanzen entstünden dadurch, dass Mitarbeiter nur befristet eingestellt seien. Beide Träger hätten zeitnah Abhilfe zugesichert. Neben der Reduzierung der Entfristungen habe man zum 02. Februar auch externe Einstellungen vornehmen können. Man hoffe, dass sich dadurch zukünftig spürbare Entlastungen ergäben.

Auf die Frage von Frau Timm-Bergs, wie viele externe Einstellungen es Anfang Februar gegeben habe, teilt Herr Fiedler mit, dass 5 Einstellungen vorgenommen worden seien.

Herr Ostermann bittet Herrn Goldbach, als Träger dazu Stellung zu nehmen.

Herr Goldbach erläutert die bestehenden Strukturen. Das Jobcenter sei eine eigenständige Einrichtung mit eigener Geschäftsführung. Es gebe zwei Träger,



aus deren Bereichen es eine Positionierung geben müsse. Aus Sicht des Trägers „Stadt Hagen“ sei es ein Problem, die Waage zu halten zwischen Mitarbeitern der Agentur für Arbeit und der Stadt Hagen. Die Stadt sei zunehmend nicht in der Lage, Stellen im Jobcenter nach zu besetzen. Im Vergleich der Jobcenter landesweit stehe Hagen nicht schlecht da. Er rege an, die bestehende Problematik im Beirat des Jobcenters zum Thema zu machen.

8. . **Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**  
**Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden**  
**Vorlage: 0144/2015**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach weist auf die Antwort der Verwaltung hin, die als Tischvorlage zu dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ausgelegt worden sei (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Er erläutert die Tischvorlage und ergänzt die Ausführungen in Bezug auf den Stand der Umsetzung bei der Stadt Münster, die die Krankenbehandlung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf eine gesetzliche Krankenkasse übertragen wolle. Die Verhandlungen liefen derzeit.

Wichtig sei festzuhalten, dass es keinen Unterschied in der medizinischen Versorgung gebe. Er schlage vor, eine gewisse Zeit abzuwarten, um dann erneut über die Angelegenheit zu beraten. Dann könne man auch einen Kollegen aus Münster einladen, der über die gemachten Erfahrungen berichte.

Herr Hentschel begrüßt den Vorschlag und bittet die Verwaltung, das Thema in 5 bis 6 Monaten unaufgefordert auf die Tagesordnung zu nehmen.

Frau Fischbach fragt, ob die Flüchtlinge, die in der Regenbogenschule in Hohenlimburg angekommen seien, bereits vorher medizinisch untersucht worden seien. Bestehe die Möglichkeit, dass die Menschen krank seien? Wie könne man das verhindern?

Herr Goldbach macht deutlich, dass die Regenbogenschule die Erstaufnahmestelle des Landes sei. Es habe vorher noch keine gesundheitliche Untersuchung stattgefunden. Die Kosten für diese Untersuchung trage das Land. Man müsse damit rechnen, dass ein größerer Anteil der Menschen krank sei. Er sähe keine Möglichkeit, wie man eine gesundheitliche Versorgung bereits vorher gewährleisten könne.

Herr Beuth betont, dass Hintergrund für diesen Antrag nicht die Kostenersparnis gewesen sei, sondern der, Normalität herzustellen. Seine Fraktion könne



den Vorschlag akzeptieren, eine Zeitlang abzuwarten. Er bitte, das Thema vor der Sommerpause erneut aufzugreifen.

Herr Hentschel folgt dem Vorschlag.

Frau Timm-Bergs teilt mit, dass ihre Fraktion das unterstütze.

9. . **Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**  
**Beschwerdemanagement beim Jobcenter**  
**Vorlage: 0145/2015**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Fiedler erläutert die Stellungnahme des Jobcenters, die als Tischvorlage ausgelegt ist (**siehe Anlage zu TOP 9**).  
Beschwerden sollten dezentral bearbeitet werden.

Herr Ostermann begründet den Antrag seiner Fraktion.  
Er betont in dem Zusammenhang, dass die Aussage, dass es seit 2011 ein zentrales Kundenreaktionsmanagement gebe, nicht stimme.  
Er nimmt Stellung zu der Stellungnahme des Jobcenters.  
Er regt abschließend an, auch eine Stelle einzurichten, bei der sich diejenigen melden könnten, die mit der Betreuung des Jobcenters zufrieden seien.  
Seine Fraktion halte an dem formulierten Beschlussvorschlag fest.

Herr Fiedler widerspricht, dass das Jobcenter sehr wohl seit 2011 ein funktionierendes Kundenreaktionsmanagement habe. Vielleicht sei dieses nicht in der Form ausgestaltet, wie der Antragsteller sich das wünsche. Zielsetzung sei es, den Beschwerdeführern schnell zu helfen. Eine Zwischenschaltung durch eine zentrale Stelle würde diesen Prozess seines Erachtens unnötig verlängern. Das sei nicht im Interesse der Kunden.

Herr Goldbach versucht, die beiden Intentionen zusammenzubringen. Fakt sei, es gebe ein Beschwerdemanagement. Dieses sei nicht allen bekannt. Sinnvoll sei es, dem abzu helfen. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag in dem Sinne abzuändern.

Herr Sondermeyer kritisiert den Begriff „Kunden“ in dem Zusammenhang. Dieser Begriff sei unpassend. Außerdem zitiert er einen Ratsbeschluss vom 16.12.2004, in dem es seinerzeit um die Angliederung einer unabhängigen Schiedsstelle bei der Arge gegangen sei. Er fände es erfreulich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag nach dem langen Zeitraum aufgriffen. Er könne den gestellten Antrag grundsätzlich unterstützen, bäte aber dringend, die Wortwahl in Bezug auf „Kunden“ und „Kundenmanagement“ zu ändern.



Herr Goege stellt fest, dass er das Thema „Beschwerdemanagement“ gut fände. Negativ fände er allerdings, dass dieses nicht öffentlich gemacht würde. Dieses System diene den Menschen und diese hätten einen Anspruch darauf, davon Kenntnis zu erhalten. Er gehe davon aus, dass dieses auch nicht mehr Arbeit mache. Im Gegenteil helfe es, Routine zu erlangen und Frust bei den Betroffenen abzubauen.

Herr Fiedler macht deutlich, dass der Begriff „Kunde“ aus dem Bereich des SGB III stamme. Mit diesem Begriff solle eine gewisse Haltung und Respekt ausgedrückt werden. Er begründet die Vorteile der dezentralen Lösung, die größtenteils in der schnellen Bearbeitung lägen.

Herr Fischer fragt, wie viele Fälle es seit Einführung des Kundenreaktionsmanagement gegeben habe.

Herr Fiedler antwortet, dass er genaue Zahlen spontan nicht liefern könne. Er gehe davon aus, dass es ca. 50 Fälle im Jahr seien. Nicht jeder Fall werde aber dokumentiert.

Herr Ostermann begründet die im Antrag benutzte Wortwahl des „Kunden“. Er sei mit der von Herrn Goldbach vorgeschlagenen Änderung des Beschlussvorschlages einverstanden und bitte die Ausschussmitglieder um ihre Zustimmung.

Frau Jochheim fragt, inwieweit ein solcher Antrag Sinn machen würde, wenn es eine zentrale Anweisung gebe, dass die Beschwerden dezentral bearbeitet würden. Sie persönlich halte die Existenz einer neutralen Stelle für wünschenswert. Ihr sei bekannt, dass manche Dinge nicht mehr objektiv behandelt würden und schnell mit Hausverboten agiert würde.

Herr Hentschel macht deutlich, warum die Einrichtung einer Schiedsstelle nicht mehr möglich sei.

Herr Fiedler betont, dass Hausverbote nur in den Fällen erteilt würden, wenn Grenzüberschreitungen stattfänden.

Herr Sondermeyer ist der Meinung, dass der seinerzeit zwischen Arbeitsagentur und Stadt Hagen geschlossene Vertrag sicher ergänzt werden könne. Dann wäre es auch möglich, eine Schiedsstelle einzurichten. Er schlage vor, das Thema in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen und den Vorsitzenden zu bitten, die rechtlichen Voraussetzungen bis dahin abzuklären.

Herr Goldbach erläutert, warum ein solches Vorgehen nicht sinnvoll und zielführend sei.

Frau Timm-Bergs bittet im Namen ihrer Fraktion, dem Vorschlag von Herrn Goldbach zu folgen.



Herr Ostermann erklärt, dass der Vorschlag von Herrn Goldbach der Intention des Antrages entspreche und bittet darum, Einvernehmen darüber herzustellen.

Herr Hentschel bittet Herrn Goldbach, den geänderten Beschlussvorschlag noch einmal vorzulesen und lässt anschließend darüber abstimmen.

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung Hagen wirkt über die Trägerversammlung darauf hin, dass im Jobcenter Hagen das Beschwerdemanagement mit geeigneten Mitteln – z.B. deutliche Aushänge, Infoblatt bei jedem Neu- und Folgeantrag und über das Internet - bekannt gemacht wird.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	1		1
AfD	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1

**10. . Möglichkeit eines Praktikums bei ldf. SGB II-Bezug**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Hentschel erläutert den vorliegenden Einzelfall, der diesem Tagesordnungspunkt zugrunde liegt und bittet Herrn Fiedler um Auskunft, wie in solchen Fällen verfahren würde.

Herr Fiedler nimmt dazu Stellung.





Herr Hentschel bittet um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

Wie viele Anträge auf Maßnahmen bei einem Arbeitgeber wurden gestellt und bei wie vielen habe zum Ende eine Festanstellung bei einem Arbeitgeber gestanden? Wie viele Anträge seien bewilligt und wie viele seien abgelehnt worden?

Frau Timm-Bergs bittet den Vorsitzenden, Fragen derartiger Natur zukünftig direkt auf telefonischem Weg zu klären.

#### **Schriftliche Stellungnahme des Jobcenters:**

„Bislang wurden im Jobcenter Hagen 569 Maßnahmen bei einem Arbeitgeber (MAG) bewilligt. Der Zeitraum einer MAG beläuft sich auf maximal 6 Wochen, durchschnittlich beträgt die Verweildauer 14 Tage.

2014 wurden 606 Eintritte (=Antragstellungen) in Maßnahmen beim Arbeitgeber (MAG) bewilligt und somit durchgeführt. Bezogen auf die Ablehnungen und Arbeitsaufnahmen kann leider keine Aussage getroffen werden.

Bezüglich der Kostenerstattung an die Teilnehmenden wird darauf hingewiesen, dass nicht jede MAG Kosten, wie Fahrtkosten und/oder Kinderbetreuungskosten verursacht, so dass von 606 Anträgen lediglich 244 zur Auszahlung kamen.“

#### **11. . Teiländerung Nr. 100 - Im Deerth - zum Flächennutzungsplan der Stadt Hagen hier: Einleitung gemäß § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch Vorlage: 0669/2014**

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach erläutert den Hintergrund dieser und der folgenden Vorlage.

Die Erweiterung der Drogenklinik „Im Deerth“ sei am 03. Dezember des Vorjahres durch Frau Buchholz vorgestellt worden. Voraussetzung für die Umsetzung sei eine Änderung von Flächennutzungsplan und Bebauungsplan. Die Vorlagen rotierten seit dem 02. September in den politischen Gremien. Nicht alle Gremien hätten darüber entschieden. Da soziale Belange bei der Einrichtung insgesamt tangiert seien, sei der Sozialausschuss nun mit in die Beratungsfolge aufgenommen worden. Das sei wohl ursprünglich nicht vorgesehen gewesen. Am 26. 02.2015 werde der Rat der Stadt Hagen abschließend darüber entscheiden. Vorher werde der Stadtentwicklungsausschuss am 24.02.2015 über die Angelegenheit beraten.



Herr Meier berichtet als Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses über den Werdegang der Angelegenheit. Im Stadtentwicklungsausschuss sei von Seiten der CDU-Fraktion die Bitte geäußert worden, noch einmal in die Beratung einzusteigen und auch das Votum des Sozialausschusses einzuholen. Er wäre dem Ausschuss daher sehr verbunden, wenn er heute zu einer Beschlussfassung in der Sache käme und der Sozialausschuss sich dazu positioniere. Die SPD-Fraktion befürworte dieses Projekt. Ein sogenannter „Klebeeffekt“ sei für diese Einrichtung nicht zu erwarten.

Herr Goege zeigt sich erstaunt, dass die Angelegenheit im Sozialausschuss beraten werden müsse. An der Sinnhaftigkeit einer solchen Einrichtung könne kein Zweifel bestehen. Ihm persönlich fehle der Informationsgehalt im Hinblick auf die umweltpolitischen Probleme, die damit verbunden seien. Das sei im Umweltausschuss sehr ausführlich diskutiert worden. Das Thema der Sicherheit sei seines Erachtens zu regeln.

Herr Meier macht deutlich, dass der Sozialausschuss über derartige Probleme nicht zu befinden habe. Der Umweltausschuss habe sich mehrheitlich für das Einleiten des Bebauungsplanverfahrens entschieden. Die Gründe dafür lägen darin begründet, dass mit dem Einstieg in das Verfahren die Problemlösung angegangen werde. Im Rahmen des Verfahrens steige man in die Einzelprüfung ein. Es wäre eher unüblich, die Probleme bereits im Vorfeld zu lösen.

Frau Cramer weist darauf hin, dass man dieses Thema ausführlich in der Fraktionssitzung am kommenden Montag behandeln werde. Man sei sich in der CDU-Fraktion zu dem Thema noch nicht einig.

Herr Goege merkt zu den Ausführungen von Herrn Meier an, dass er die Erfahrung gemacht habe, dass die Dinge auch zu einem Ergebnis führen würden, wenn sie einmal angestoßen würden. Er sehe sich nicht in der Lage, über die umweltpolitischen Dinge zu entscheiden. Aus diesem Grunde werde er sich enthalten.

Herr Ludwig betont, dass diese Angelegenheit gar nicht im Sozialausschuss hätte beraten werden müssen, wenn er das richtig sähe. Es sei doch darum gegangen, festzustellen, ob es grundsätzliche Bedenken gegen dieses Projekt gebe und wie die Stimmung für ein solches Projekt im Sozialausschuss sei. Er sähe es sehr positiv, dass man diesen Weg gegangen sei. Er empfehle das Projekt bedenkenlos.

Frau Buchholz ergänzt, dass u.a. auch Bürgerbeteiligung zu dem Verfahren gehöre. Diese Prozesse würden dann laufen. Es handele sich hier um den ersten Schritt.

Herr Hentschel stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



**Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen zu beschließen, für den im Lageplan aufgezeigten räumlichen Geltungsbereich die Teiländerung Nr. 100 – Im Deerth – zum Flächennutzungsplan der Stadt Hagen nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches in der zuletzt gültigen Fassung einzuleiten.

Der Lageplan mit dem aufgezeigten räumlichen Geltungsbereich liegt dem Rat vor.

Geltungsbereich:

Das Plangebiet liegt im Stadtbezirk Hagen-Mitte im Bereich der Fachklinik „Im Deerth“ und wird im Westen, Norden und Osten durch den Elsa- Brandström-Weg und den gegenüberliegend verlaufenden Forstweg begrenzt. Die südliche Begrenzung bildet das Gelände der Fachklinik.

**Nächster Verfahrensschritt:**

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden ist im letzten Quartal von 2014 geplant.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	2		3
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv		1	
FDP	1		
Die Linke	2		
AfD			1

- Einstimmig beschlossen
- Mit Mehrheit beschlossen
- Einstimmig abgelehnt
- Mit Mehrheit abgelehnt
- Abgelehnt bei Stimmengleichheit
- Ohne Beschlussfassung
- Zur Kenntnis genommen
- 

Dafür: 12  
 Dagegen: 1  
 Enthaltungen: 4



**12. . Bebauungsplan Nr. 8/14 (662)  
 Erweiterung Fachklinik Deerth  
 hier: Beschluss zur Einleitung des Verfahrens  
 Vorlage: 0658/2014**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Hentschel lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens Nr. 8/14 (662) Erweiterung Fachklinik Deerth gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der zuletzt gültigen Fassung zu beschließen.

**Geltungsbereich:**

Die Plangebietsgrenze umfasst im Süden das Grundstück der Fachklinik Deerth (Im Deerth 6) und verläuft nördlich entlang der Dreiecksfläche zwischen dem Elsa- Brandström-Weg und dem gegenüberliegenden Forstweg. In dem im Sitzungssaal ausgehängten Lageplan ist der oben beschriebene Geltungsbereich eindeutig dargestellt. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

**Nächster Verfahrensschritt:**

Als nächster Verfahrensschritt ist die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung im letzten Quartal von 2014 geplant.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	2		2
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv		1	
FDP	1		
Die Linke	2		
AfD			1

- Einstimmig beschlossen
- Mit Mehrheit beschlossen
- Einstimmig abgelehnt
- Mit Mehrheit abgelehnt
- Abgelehnt bei Stimmgleichheit
- Ohne Beschlussfassung
- Zur Kenntnis genommen



Dafür:	<u>12</u>
Dagegen:	<u>1</u>
Enthaltungen:	<u>3</u>

### 13. . Sachstand Zuweisung Asylbewerber

#### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach berichtet über den Sachstand der Zuweisung von Asylbewerbern.

Er schildert die Ereignisse der letzten Tage rund um die Regenbogenschule in Hohenlimburg. Bei dieser Erstaufnahmestation handele es sich um eine Landeseinrichtung, die mit Flüchtlingen belegt würde. Eine Zuständigkeit bei der Stadt gebe es hier nicht. Die Kosten für die Unterbringung trage ausschließlich das Land. Die Menschen würden nach der ersten Registrierung, Versorgung mit allem Notwendigen und erster gesundheitlicher Einschätzung und medizinischer Versorgung von dort aus an andere Kommunen verwiesen. Die Frage von sozialer Betreuung und Sprachförderung stelle sich daher nicht.

Am morgigen Abend um 19.30 Uhr werde es in der Realschule Hohenlimburg eine öffentliche Informationsveranstaltung der Stadtverwaltung geben, bei der auch der Oberbürgermeister und ein Vertreter der Bezirksregierung anwesend sein würden.

Im Anschluss daran beschreibt Herr Goldbach die Probleme, die sich aus der regulären Flüchtlingssituation in Hagen ergeben.

Man werde mit der Freiwilligenzentrale eine Vereinbarung abschließen, dass alles das, was an freiwilligen Angeboten komme, an der Stelle zukünftig gebündelt werde.

Frau Timm-Bergs lobt die Verwaltung und dankt für Ihren engagierten Einsatz. Ihre Fraktion habe für die Sitzung der Bezirksvertretung einen Antrag gestellt, dass die Möglichkeit ausgelotet würde, ein leerstehendes Ladenlokal in der Hohenlimburger Innenstadt als Begegnungsstätte für die Hohenlimburger Bürger und die dauerhaft in Hagen lebenden Flüchtlinge herzurichten. Das wäre in Bezug auf die kurzen Wege vorteilhaft für alle Beteiligten.

Sie bitte, das Anliegen in der Niederschrift festzuhalten.

Sie schildert ihre persönlichen Eindrücke von einem Spaziergang an der Einrichtung. Sie habe dort außerhalb des Gebäudes Flüchtlinge gesehen, die Schilder um den Hals getragen hätten, was bei den Anwohnern für Befremdung gesorgt habe. Was habe das für einen Hintergrund?

Herr Vesper teilt mit, dass er einer der Hilfsorganisationen angehöre, die dort vor Ort tätig gewesen sei. Diese Schilder seien Bestandteil des Katastrophenschutzkonzeptes der Stadt Hagen. Die angesprochenen Registraturkarten seien von der Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren entwickelt worden. Die



Karten dienen als Berechtigungsnachweis, das Gebäude zu betreten und Leistungen in Anspruch zu nehmen. Die Karten seien Ausweise und sollten von den Flüchtlingen mit sich geführt werden.

Herr Goldbach betont, dass die Schilder natürlich nicht von den Flüchtlingen um den Hals getragen werden müssten.

Frau Timm-Bergs bittet darum, diese Information den Flüchtlingen durch die Dolmetscher vor Ort zu vermitteln. Das sei sicher auch angenehmer für die Betroffenen.

Herr Ostermann stellt die Frage, ob die Anwendung dieser Technik auf Flüchtlingsunterkünfte angezeigt sei oder ob es bessere alternative Lösungen gebe.

Herr Hentschel geht davon aus, dass man vor Ort sicher bemüht sei, die Dinge ständig zu optimieren.

Herr Gierke ergänzt die Ausführungen von Herrn Goldbach. Zum Ende des letzten Jahres sei man davon ausgegangen, dass man in Hagen ungefähr 1000 Plätze für die Unterbringung von Asylbewerbern benötige. Mittlerweile habe man diese Zahl aufgrund der aktuellen Entwicklung korrigieren müssen und man gehe von mittlerweile eher von 1.300 bis 1.400 Plätzen aus. Das stelle die Stadt vor eine erhebliche Herausforderung. Unterkünfte würden dringend benötigt. Man erfahre eine große Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung und sein ausdrücklicher Dank richte sich an die ehrenamtlichen Helfer.

Herr Vesper betont, dass neben den Herausforderungen durch die Einrichtung der Regenbogenschule an dem Wochenende auch die Einsätze im Karneval geleistet worden seien. Das sei eine großartige Leistung.

Herr Ostermann zeigt sich beeindruckt von dem Engagement der Verwaltung und weiterer Organisationen in dieser Sache. Er regt an, für die nächste Sitzung des Sozialausschusses das weitere Problemfeld „Zuwanderung aus EU-Ländern“ vor dem Hintergrund „Beschäftigung, Zahlen, Tendenzen“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Hentschel erklärt, er habe die Anregung aufgenommen.

Frau Timm-Bergs bittet, den Bericht zu dem Thema zukünftig zu Beginn der Tagesordnung zu platzieren.



#### 14. . Anonyme Geburt

##### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel weist auf das ausgelegte Material zu dem Thema hin.

Herr Goebels berichtet über die vertrauliche Geburt (**siehe Anlage zu TOP 14**).

Er beantwortet eine Frage von Herrn Hentschel zur Babyklappe am AKH. Diese sei zwei Mal in der Vergangenheit benutzt worden.

#### 15. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Ostermann erklärt, dass der Beirat des Jobcenters bis heute nicht getagt habe.

Er bitte um die Auskunft, warum das so sei und wann mit einem Zusammentreten des Beirates zu rechnen sei.

Herr Hentschel merkt an, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Herr Goldbach verspricht, die Antwort, wie die Zeitplanung für den Beirat des Jobcenters aussehe, mit der Niederschrift zu versenden.

##### Antwort des Jobcenters:

„Die nächste Beiratssitzung findet am 29.04.2015 vormittags im Jobcenter statt. Die genaue Uhrzeit steht noch nicht fest.“

Herr Ostermann stellt eine Frage in Bezug auf die in der Niederschrift beigefügte Anfrage aus der Sitzung des Sozialausschusses vom 03.12.2014. Er möchte wissen, ob es eine abweichende Regelung oder Anweisung in Hagen gegeben habe.

Herr Fiedler erläutert seine Antwort. Ihm sei keine andere Regelung bekannt.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.30 Uhr

gez. Ingo Hentschel  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
\_\_\_\_\_  
Schriftführerin